



## Antrag

der Fraktion der CDU , GRÜNEN/BÜNDNIS 90 und FDP

### **Minderheitenrechte in Europa stärken - MSPI umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekundet seine Enttäuschung hinsichtlich der Entscheidung der Europäischen Kommission, im Hinblick auf die „Minority SafePack Initiative“ (MSPI) keine neuen politischen Maßnahmen oder Gesetzgebungsverfahren einleiten zu wollen. Für die Minderheitenrechte in Europa wäre es ein wichtiges Signal gewesen, wenn sich die EU-Kommission zu ihrer Verantwortung für die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa bekannt hätte. Der Landtag fordert deshalb die Europäische Kommission auf, sich erneut hiermit zu befassen und zu einem positiven Votum für die Belange der MSPI zu kommen.

Der Landtag erkennt an, dass sich die Landesregierung stets mit Nachdruck für die konsequente Aufnahme der Minderheitenpolitik in die Arbeit der EU-Kommission im Sinne der Minority SafePack Initiative eingesetzt und hierfür auch gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission um Unterstützung geworben hat. Er unterstützt die Landesregierung dabei, auch in Zukunft für die Umsetzung von Rechten autochthoner Minderheiten im Sinne der MSPI-Initiative in Europa einzutreten und deren Verankerung auf EU-Ebene erneut einzufordern.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt insbesondere seine Forderung, die in der MSPI gelisteten Anliegen mindestens schrittweise auf EU-Ebene umzusetzen und die Bedeutung der Minderheitenpolitik durch die Verankerung der Zuständigkeit bei einem EU-Kommissar/in zu stärken.

Peter Lehnert  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Stephan Holowaty  
und Fraktion